

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

22.03.2024

Inhalt

EWN

1 Neue Gas-Pipeline durch MV: Bauern sollen Flächen abgeben <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 22.03.2024</i>	3
2 Und was bringt es MV? <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 22.03.2024</i>	4
3 30 Staaten wollen die Atomenergie ausbauen <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 22.03.2024</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 22.03.2024 | S. 1

📄 Auflage: 8.978 | Reichweite: 32.295

👤 Andreas Meyer

UNTERIRDISCHE TRASSE PARALLEL ZUR A 20

Neue Gas-Pipeline durch MV: Bauern sollen Flächen abgeben

Wasserstoff-Leitung vom Rostocker Hafen nach Lubmin in Vorpommern geplant

Tausende Tonnen Wasserstoff sollen künftig im Rostocker Seehafen erzeugt werden. Nur ein Teil davon wird - Stand heute - in der Region selbst benötigt. Daher soll eine neue Pipeline für das Edelgas gebaut werden, quer durch den Nordosten. Was das für Grundstückseigentümer bedeutet.

Der Bau der neuen und nach wie vor umstrittenen Gas-Leitung von der Insel Rügen nach Lubmin ist gerade abgeschlossen, da kommt das nächste Multi-Millionen-Pipeline-Projekt auf Mecklenburg-Vorpommern zu. Doch dieses Mal nicht unter Wasser, sondern an Land. Und dafür werden vermutlich Hunderte Grundstücksbesitzer Land ab- oder aufgeben müssen: Der Gasnetz-Betreiber Gascade und die Rostock EnergyPort Cooperation (RepcO) haben sich auf den Bau einer Wasserstoff-Leitung von Rostock nach Lubmin verständigt.

Die Rostock EnergyPort Cooperation ist ein gemeinsames Tochterunternehmen des Hafenbetreibers Rostock Port sowie der Energie-Riesen EnBW, RWE und Rheinenergie. Es ist vorgesehen, über die neue Leitung „grünen“ Wasserstoff, der künftig im Seehafen erzeugt werden soll, nach Wrangelsdorf (Vorpommern-Greifswald) und von dort in das bundesweite Netz einzuspeisen.

In Rostock sind gleich mehrere Anlagen zur Produktion von Wasserstoff geplant. Eine davon ist die Anlage der Repco. „Wir wollen bis zu 6000 Tonnen Wasserstoff pro Jahr produzieren“, sagt Ralf Tschullik, Geschäftsführer der Repco. So viel wie möglich soll davon direkt in der Region Rostock genutzt werden können - etwa für die geplante Biodiesel-Raffinerie der Firma Viterra. Auch das Bus-Unternehmen Rebus im Landkreis Rostock will seine komplette Flotte auf Wasserstoff „made in Rostock“ umstellen. „Aber Rebus benötigt nicht mal 1000 Tonnen im Jahr.“


Der Überschuss soll daher in das neue bundesweite

Wasserstoff-Netz fließen. Einer der Knotenpunkte dafür wird Lubmin sein. „Dort wird künftig noch deutlich mehr Wasserstoff produziert als bei uns. Die Projekte dort sind vor allem darauf ausgelegt, Wasserstoff für das Netz zu erzeugen.“ Zudem soll in Lubmin eine neue Pipeline von der dänischen Insel Bornholm anlanden. Vom Knotenpunkt Wrangelsdorf wird das wertvolle Gas dann in das Industriezentrum im Südosten, aber auch bis nach Baden-Württemberg verteilt.

Insgesamt soll die neue Pipeline vom Seehafen gen Vorpommern rund 105 Kilometer lang werden, so ein Gascade-Sprecher. Die Trasse wird in etwa und ganz grob parallel zur A 20 verlaufen. Zu den Kosten will das Unternehmen sich noch nicht äußern.

Ein großer Teil der Mittel dürfte aber an Landbesitzer gehen. Wenn Gascade die neue Pipeline über ihr Land - besser gesagt: unter ihrem Land hindurch - baut, steht den Eigentümern Geld zu. In der Regel bleiben sie im Besitz der Flächen, müssen das Land aber für den Pipeline-Bau bereitstellen. Um den Rohrstrang soll es einen „Schutzstreifen“ geben, der nicht mehr bebaut und nur eingeschränkt landwirtschaftlich genutzt werden kann.

„Beim Pipelinebau geht es um eine Dienstbarkeitsentschädigung. Diese beträgt gewöhnlich 20 Prozent des Verkehrswertes des jeweiligen Grundstücks“, so Gascade. Berechnet wird die Entschädigung für jeden Quadratmeter. Der Durchschnittspreis für Ackerland in MV lag bei Auktionen 2021 bei rund 2,25 Euro je Quadratmeter.

 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 22.03.2024 | S. 6 Auflage: 8.978 | Reichweite: 32.295 Andreas Meyer

KOMMENTAR

Und was bringt es MV?

In Lubmin soll mit Windstrom aus Ostsee-Windparks im großen Stil Wasserstoff erzeugt werden, auch in der Region Rostock sind mittlerweile drei solcher „Wasserstoff-Fabriken“ geplant. Eine davon soll - in der ersten Ausbaustufe - um die 6000 Tonnen des Edelgases pro Jahr liefern. Weil es für diese Mengen aber keine Abnehmer in MV gibt, sollen nun neue Pipelines her und das Gas ins „Bundesnetz“ eingespeist werden. Besser wäre für das Land wäre es aber, der Wasserstoff würde im Land bleiben. Schon seit Jahren ist MV „Energiland“, produziert mehr sauberen Strom als im Land selbst benötigt wird. Nach Russlands Angriff auf die Ukraine nimmt nun das Thema Wasserstoff richtig Fahrt auf. Das große Aber: MV könnte recht we-

nig von dem Wasserstoff haben. Wenig Jobs, wenig Steuereinnahmen. Die Elektrolyseure, mit denen das Gas erzeugt wird, können von wenigen Leuten gesteuert werden. Auch die Anlagen selbst werden nicht im Nordosten gebaut. Kurzum: MV droht zu einem reinen „Rohstoff-Lieferanten“ zu werden. Ziel muss aber sein, dass so viel Wasserstoff wie möglich in MV „verarbeitet“ und verbraucht wird. Der Agrarkonzern Vitera denkt bereits darüber nach, in Rostock aus Rapsöl und Wasserstoff „grünen Diesel“ zu produzieren, bis zu 200 Jobs zu schaffen. Der Wasserstoff sollte nicht zur Industrie gebracht werden, sondern die Industrie zum Wasserstoff.

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 22.03.2024 | S. 4

📄 Auflage: 8.978 | Reichweite: 32.295

👤 Katharina Redanz

30 Staaten wollen die Atomenergie ausbauen

Gipfel in Brüssel will so den CO₂-Ausstoß deutlich senken

Bei der Frage zur Zukunft der Kernkraft geht ein Riss durch Europa. Während in Deutschland im April 2023 der einst von CDU und CSU (mit)beschlossene Atomausstieg mit leichter Verzögerung umgesetzt wurde, gehen andere Staaten in der EU und in anderen Regionen einen anderen Weg. Beim ersten internationalen Atomenergie-Gipfel kündigten rund 30 Staaten am Donnerstag in Brüssel einen schnelleren Ausbau von Nuklearstrom an und argumentierten dabei, dass nur so CO₂-Emissionen im Kampf gegen die Klimakrise ausreichend gesenkt werden könnten.

In ihrer Erklärung sprachen sich die teilnehmenden Staaten nicht nur für den Bau neuer AKW aus, sondern auch für die Verlängerung der Lebenszeit von bestehenden Anlagen sowie für den Einsatz neuartiger Reaktortypen. „Wir verpflichten uns dazu, das Potenzial der Nuklearenergie voll auszuschöpfen“, hieß es. Die Staats- und Regierungschefs forderten von internatio-

nen Finanzinstitutionen wie der Weltbank, Atomprojekte verstärkt zu unterstützen. Teilnehmer betonten nicht nur, dass Atomenergie bei der Vermeidung von CO₂ eine wichtige Rolle spielen sollte. Sie argumentierten auch, dass AKW in Krisenzeiten für Unabhängigkeit von ausländischen Energiequellen sorgen.

Deutschland saß nicht mit am Tisch der Konferenz, die von Belgien und der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) organisiert wurde. Das Bundesumweltministerium gab sich betont gelassen: „Dass es unter den EU-Mitgliedsstaaten bezüglich der Atomkraftnutzung unterschiedliche Sichtweisen gibt, ist bekannt und wird gegenseitig respektiert“, sagte ein Sprecher.

Aktuell werden in zwölf der 27 EU-Mitgliedsstaaten Atommeiler betrieben. Laut IAEA sind weltweit 415 Atomreaktoren in Betrieb. Den meisten Atomstrom produzieren die USA.